

A18NEU24 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle: Frauen- und Queer-Politik)

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 07.12.2020

Text

1 Frauen und Gleichstellungspolitik

2 Es ist eigentlich ganz einfach: **Die Hälfte der Macht den Frauen.** Das ist seit
3 jeher unser Anspruch. Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen mit
4 und ohne Einwanderungsgeschichte
5 auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe endlich einlösen. Sprache schafft
6 nicht nur Bewusstsein, sondern ist auch Ausdruck von Machtverhältnissen. Wir
7 stehen daher auch bei Geschäftsordnungen und Gesetzestexten für die Verwendung
8 einer geschlechtergerechten Sprache, die tatsächlich alle anspricht und nicht
9 nur mitmeint. Als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Macht und Teilhabe
10 haben wir ein Paritätsgesetz zur gleichen Repräsentation von Frauen im Landtag
11 beschlossen, welches inzwischen leider vom Verfassungsgericht für nichtig
12 erklärt wurde. Chancen, Macht, Geld und Zeit sollen endlich gerecht zwischen
13 allen Geschlechtern geteilt werden. Frauen haben sich rechtliche Gleichheit über
14 Jahrhunderte erkämpft, sind inzwischen schon viel selbstverständlicher auf
15 vielen Ebenen vertreten und haben sich zahlreicher alter Rollenklischees
16 entledigt. Doch das Ziel echter Gleichstellung ist leider noch lange nicht
17 erreicht. Veränderungen dauern zu lange. So sind Frauen heute immer noch
18 wirtschaftlich und politisch benachteiligt, schlechter sozial abgesichert, mit
19 weniger Chancen, größeren Widerständen und falschen Stereotypen konfrontiert.
20 Wir arbeiten daran, diese vielfältigen Benachteiligungen und strukturellen
21 Diskriminierungen von Frauen zu beseitigen und umfassende Chancengleichheit zu
22 verwirklichen.

23 Viele Frauen in Thüringen sind voll berufstätig. Viele arbeiten in Minijobs,
24 Teilzeit oder in prekärer Beschäftigung und werden schlechter entlohnt als
25 Männer. Wir BÜNDNISGRÜNE nehmen das nicht hin und streiten auf allen Ebenen für
26 die **gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit für alle Geschlechter.** Die im
27 Durchschnitt geringeren Einkommen von Frauen liegen auch in ihren geringeren
28 Aufstiegschancen und der geringeren Anerkennung und Wertschätzung vieler Berufe
29 begründet, die maßgeblich von Frauen ausgeübt werden. Zudem sind Frauen noch
30 immer viel seltener in höheren beruflichen Positionen vertreten. Der öffentliche
31 Dienst geht an manchen Stellen mit gutem Beispiel voran und fördert die
32 Chancengerechtigkeit aktiv, durch geschlechtergerechte Besetzung der Stellen in
33 der öffentlichen Verwaltung und in den öffentlich-rechtlichen Landesgremien und
34 Aufsichtsräten. Doch auch dort wird deutlich, dass in Führungspositionen kaum
35 Frauen vertreten sind - das wollen wir ändern. Unser Ziel bleibt es, im
36 öffentlichen Dienst einschließlich aller landesfinanzierten Einrichtungen, wie
37 auch der Hochschulen, die Chancengleichheit auf allen Ebenen konsequent zu
38 fördern. Wir werden einen Thüringen-spezifischen Lohnatlas erarbeiten, um
39 Unterschiede in der Bezahlung der Geschlechter leichter aufdecken zu können.

40 Zudem wollen wir die Entgeltgleichheit als ein Vergabekriterium in das Thüringer
41 Vergabegesetz mit aufnehmen. Bei der Nachwuchsförderung und der Weiterbildung
42 sollen überproportional Frauen auf die Übernahme von Führungspositionen
43 vorbereitet werden. Im öffentlichen Dienst werden wir uns dafür einsetzen, dass
44 Ausschreibungen so gestaltet werden, dass sich alle Geschlechter angesprochen
45 fühlen. Um die aktuelle Situation zu evaluieren, soll untersucht werden, wer
46 sich auf welche Ausschreibungen bewirbt. Wir wollen Gründerinneninitiativen
47 stärken und die Gründungsberatung speziell für Frauen ausbauen und bekannter
48 machen.

49
50 Der Jobverlust im Kontext von Corona betrifft zu erheblichen Teilen den
51 Dienstleistungsbereich, in dem viele Frauen arbeiten. Deshalb wollen wir durch
52 ein Landesförderprogramm Perspektiven und Möglichkeiten für betroffene Frauen
53 bieten. Es sollen Angebote zum Wiedereinstieg und zur Umschulung geschaffen
54 werden, die sich besonders an Frauen orientieren und richten.

55 Frauen übernehmen nach wie vor den größeren Teil der familiären Fürsorgearbeit.
56 Während der Pandemie ist die Ungleichverteilung der Arbeit wieder besonders
57 deutlich geworden. Flexiblere Arbeitszeiten und Homeoffice sowie ein Recht auf
58 Homeoffice sind wichtige Schritte, um eine gute Vereinbarkeit von Beruf und
59 Familie zu gewährleisten. Wird das Kind krank oder werden die Eltern
60 pflegebedürftig, muss oftmals kurzfristig das Leben von Eltern neu justiert
61 werden. Das darf nicht zur strukturellen Überforderung der Familien führen. Auch
62 deshalb soll der Wechsel zwischen Teilzeit und Vollzeit leichter möglich sein.
63 Wir wollen dafür gemeinsam mit der Wirtschaft eine Initiative auf Landesebene
64 begründen.

65
66 Existenzängste dürfen mit einer Schwangerschaft nicht verbunden sein. Daher
67 fordern wir, selbständige genauso wie angestellte Mütter, vor und nach der
68 Geburt unter einen besonderen Schutz zu stellen und diesen im Mutterschutzgesetz
69 zu verankern. Jeder werdenden Mutter muss ein Schutz von 6 Wochen vor und 8
70 Wochen nach der Entbindung zustehen sowie das damit einhergehende
71 Mutterschaftsgeld in Anlehnung an das bereits Bestehende. Nur so ist zu
72 verhindern, dass selbständige Schwangere in den Ruin getrieben werden. Dafür
73 werden wir uns als BÜNDNISGRÜNE Thüringen durch eine Bundesratsinitiative
74 einsetzen.

75 Wir sind mit dem **Paritätsgesetz** für Thüringen einen längst fälligen Schritt zur
76 Gleichstellung von Frauen in der Politik gegangen und haben damit Neuland
77 betreten. Die Sondervoten des Verfassungsgericht bestärken unsere Auffassung,
78 dass ein Paritätsgesetz notwendig und auch rechtssicher umsetzbar ist. Deshalb
79 werden wir weiter an einer verfassungsgemäßen, vollumfänglichen paritätischen
80 Ausgestaltung des Wahlrechts arbeiten, welches auch die Direktwahlkreise nicht
81 außer Acht lässt. Auch beim Gender-Budgeting bleiben wir dran: Bei allen
82 politischen Maßnahmen der Landesregierung und beim Landshaushalt wollen wir bei
83 künftigen Haushalten eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Gleichstellung der
84 Geschlechter vornehmen. Für eine funktionierende Gleichstellungspolitik braucht
85 es flächendeckend in den Kommunen Ansprechpartner*innen, die sich vor Ort
86 proaktiv mit der Thematik auseinandersetzen und Projekte voranbringen. Wir
87 unterstützen die Kommunen daher finanziell und organisatorisch bei der
88 Einrichtung, dem Erhalt und der Stärkung der Stellen von
89 Gleichstellungsbeauftragten.

90 Im Jahr 2018 registrierte die Thüringer Polizei 2.940 Fälle häuslicher Gewalt.
91 Den größten Anteil der Betroffenen bilden mit 2.323 Fällen dabei Frauen. Gewalt
92 gegen Frauen und Mädchen, Bedrohung, sexuelle Übergriffe und Nötigung sind immer
93 noch ein großes Problem, sie müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir
94 wollen Schutz und Hilfe stärken und für ausreichend Plätze in **Frauenhäusern und**
95 **genügend Personal in den Schutzwohnungen sorgen.** Frauenhäuser müssen dabei
96 flächendeckend schnell erreichbar sein. Das Personal in den Interventionsstellen
97 sollte mindestens verdoppelt werden. Wir BÜNDNISGRÜNE unterstützen die Forderung
98 nach einer bundesweit einheitlichen, bedarfsdeckenden und unbürokratischen
99 Frauenhausfinanzierung und werden die finanzielle Unterstützung durch das Land
100 verstetigen. Dabei ist klar, dass Schutzwohnungen für Menschen aller
101 Geschlechter, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, offenstehen müssen und
102 insbesondere auch die Bedarfe von Kindern in den Blick genommen werden müssen.
103 Die Istanbul-Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt
104 gegen Frauen und von häuslicher Gewalt muss – zentral koordiniert durch den/die
105 Beauftragte/n im Sozialministerium diese Stelle muss auch gestärkt werden-- auch
106 in Thüringen umgesetzt werden. In den ersten 100 Tagen nach Regierungsbildung
107 werden wir hier einen Umsetzungsplan vorlegen. Auch in Thüringen muss es –
108 entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention – ein Frauenhaus mit
109 behindertengerechtem Zugang geben. Zugleich wollen wir auch Projekte fördern,
110 die von häuslicher Gewalt betroffene Männer und Jungen in Thüringen
111 unterstützen. Doch wir stehen nicht nur für einen konsequenteren Schutz von
112 Personen aller Geschlechter vor häuslicher Gewalt und eine bessere Betreuung der
113 Betroffenen. Wir wollen präventive Ansätze gezielt fördern und Täter*innenarbeit
114 stärken. Daher unterstützen wir Initiativen und Organisationen, die Programme
115 zur Gewaltprävention anbieten. Betroffene von häuslicher Gewalt sollen nicht
116 auch noch zusätzliche finanzielle Lasten tragen müssen. Deshalb wollen wir einen
117 staatlichen Interventionsfonds einrichten, über den die Kosten für Gewaltschutz,
118 Prozesskosten und dergleichen unbürokratisch vorfinanziert werden und später von
119 den Täter*innen zurückgefordert werden.

120 Zudem braucht Thüringen anerkannte Fachberatungsstellen für Frauen und Mädchen,
121 die sexuelle Gewalt erlebt haben. Das Personal, das mit der Problematik der auch
122 hierzu zählenden Genitalverstümmelung umgeht, braucht spezifische
123 Sensibilisierung und Schulung. Weibliches Personal mit eigener
124 Einwanderungsgeschichte sollte hier bevorzugt eingesetzt werden.

125 Geflüchtete Frauen und Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund benötigen
126 gezielte mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungsangebote, auch und gerade,
127 wenn sie von sexualisierter Gewalt betroffen sind. In den
128 Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete muss es besondere Schutzorte für diese
129 Menschen geben.

130 Wir machen uns stark für die Förderung und Weiterentwicklung von Frauenzentren,
131 die auch im ländlichen Raum gut erreichbar sein müssen. Betroffene von sexueller
132 Gewalt, Nötigung und Ausbeutung brauchen jede Form von Unterstützung, es bedarf
133 regelmäßiger Sensibilisierung und Fortbildung für die Polizei, in der Justiz und
134 bei medizinischem Personal. Die anonyme und vertrauliche Spurensicherung nach
135 sexuellen Übergriffen muss – gegebenenfalls mit einem über die Rechtsmedizin
136 abgesicherten Notruftelefon – in ganz Thüringen gewährleistet sein. Insbesondere
137 Mädchen und Frauen sollen mit einer öffentlichen, mehrsprachigen Kampagne dazu
138 ermutigt werden, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. In den
139 Staatsanwaltschaften wollen wir Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche

140 Lebensweisen etablieren, an die sich Betroffene queerfeindlicher
141 Hasskriminalität wenden können, um Strafanzeigen zu stellen. Um Erkenntnisse
142 über das Ausmaß geschlechtsbezogener Gewalt in Thüringen zu erlangen, wollen wir
143 eine Dunkelfeldstudie in Auftrag geben. Eine Form der Gewalt, die besonders
144 Frauen, nicht binäre, inter* und trans* Personen ist Gewalt im digitalen Raum.
145 Um dies besser bekämpfen zu können, braucht es eine Stärkung der fachlichen und
146 personellen Kompetenzen der Polizei in dem Bereich.

147 Selbstbestimmt über den eigenen Körper zu entscheiden, ist gerade für junge
148 Menschen nicht immer leicht. Wir setzen uns für das **Selbstbestimmungsrecht über**
149 **den eigenen Körper für alle** ein, insbesondere für Frauen, inter- und trans-
150 Personen. Betroffene Personen von ungewollter Schwangerschaft brauchen
151 wohnortnahe Unterstützung und Hilfe. Wir wollen das Recht einer selbstbestimmten
152 Familienplanung stärken und Menschen mit geringem Einkommen unkomplizierten und
153 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen. Frauen mit Behinderungen
154 haben das Recht, ihre Bedürfnisse und Wünsche in der Gesellschaft aktiv zu
155 vertreten. Es ist unsere gesellschaftliche sowie staatliche Pflicht zu handeln,
156 wenn Frauen mit Behinderungen sexuell oder anderweitig belästigt bzw.
157 missbraucht werden, sie vor sexuellem Missbrauch zu schützen und dies
158 strafrechtlich zu verfolgen. Schönheitsideale und Körpernormen, wie sie in der
159 Werbung vermittelt werden, haben oft wenig mit der Realität zu tun, aber
160 erhebliche Auswirkung auf unsere Selbstwahrnehmung. Kinder und Jugendliche
161 sollen möglichst frei von solchen normierenden Vorgaben leben und aufwachsen
162 können. Wir wollen daher den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Um
163 körpernormierende, diskriminierende und stereotypenverstärkende sexistische
164 Werbung in Thüringen zu verhindern, sollen verbindliche Regeln entsprechend den
165 Regeln des Deutschen Werberates für kommerzielle Kommunikation getroffen werden.
166 Über sexistische und herabwürdigende Darstellungen von Frauen wird auch das
167 gesellschaftliche Bild von Frauen und Mädchen beeinflusst. Zum respektvollen und
168 gewaltfreien Miteinander gehört daher auch der Verzicht auf sexistische oder in
169 anderer Form diskriminierende und herabwürdigende Werbung. Wir wollen daher
170 zudem Kommunen dabei unterstützen, solche Werbungen im Stadtbild nicht mehr
171 zuzulassen.

172 Das Bewusstsein für die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen
173 beginnt sehr früh. **Geschlechtergerechtes Lernen in Kindergärten und Schulen** muss
174 selbstverständlich werden. Schulische Lernmaterialien wollen wir auf (hetero-
175)sexistische Klischees überprüfen und überarbeiten. Dabei soll darauf geachtet
176 werden, dass die Lehrmaterialien Vielfalt widerspiegeln und auch Frauen, inter-
177 und trans-Personen dargestellt werden sowie weibliche Personen zu einem
178 relevanten Teil repräsentiert sind. Die Lehrpläne müssen an aktuelle
179 Entwicklungen angepasst werden. Schulische Aufklärungsprojekte zu sexueller und
180 geschlechtlicher Vielfalt gilt es flächendeckend zu etablieren. Zudem setzen wir
181 auf eine geschlechtersensible Pädagogik und qualifizierte Aus-, Fort- und
182 Weiterbildung für alle Lehrkräfte.

183 Sexuelle Ausbeutung werden wir auch weiterhin konsequent bekämpfen. Um die
184 Situation von in der Prostitution tätigen Personen zu verbessern, haben wir
185 Mittel für freiwillige, kostenlose und mehrsprachige Beratungsangebote zu Themen
186 wie Gesundheit, Schulden und Ausstieg aus dem Gewerbe bereitgestellt. Den Umgang
187 mit den eingestellten Geldern werden wir beim zuständigen Gesundheitsministerium
188 kritisch begleiten. Wir wollen einen „Runden Tisch Prostitution“ zur Erarbeitung

189 eines Handlungskonzeptes einrichten, auf dessen Grundlage ein
190 Prostituiertenschutzgesetz umgesetzt werden soll.

191 Für mehr Chancengerechtigkeit wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung des
192 Landesfrauenrates und der in diesem Bereich tätigen Landesarbeitsgemeinschaften.

193 Akzeptanz und Vielfalt

194 Unser Land ist so vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Egal welche
195 geschlechtliche Identität, egal welche sexuelle Orientierung – alle Menschen
196 sollen **frei und selbstbestimmt leben und lieben** können. Unser Leitbild ist das
197 Grundgesetz: Menschenwürde und Achtung der persönlichen Freiheit aller Menschen
198 sind unser Maßstab. Insbesondere die Schaffung und Durchsetzung dieser Rechte
199 für LSBTIQ* (Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten, Intergeschlechtlichen
200 und allen queeren Menschen) ist uns hierbei wichtig.

201 Mit der Verabschiedung des „Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt“ sind wir
202 in Thüringen einen großen Schritt gegangen, um Akzeptanz, Vielfalt und
203 Gleichberechtigung Wirklichkeit werden zu lassen und bestehende
204 Diskriminierungen abzubauen. Die Initiativen, Verbände und Projekte der queeren
205 Community werden mit dem Programm besser gefördert und in ihrer Arbeit durch
206 eine Koordinierungsstelle unterstützt. Wir wollen das Programm in den kommenden
207 Jahren finanziell deutlich besser ausstatten und im Zuge dessen auch
208 institutionelle Förderung ermöglichen. Das heißt, dass wir mit dem
209 Landesprogramm queere Beratungs- und Begegnungsstellen in ganz Thüringen fördern
210 und aufbauen wollen. Zusätzlich sollen Ansprechpartner*innen in der
211 Landesverwaltung, v.a. den Ministerien geschaffen werden, die für die Umsetzung
212 des Landesprogrammes sowie queere Themen zuständig sind. Nicht zuletzt muss aber
213 auch die bisherige Umsetzung der Maßnahmen des Landesprogramms überprüft und das
214 Programm in Zukunft mit einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation
215 ausgestattet werden. Neu ins Programm aufgenommen werden soll die Unterstützung
216 der Thüringer Christopher Street Days und ähnlicher Initiativen. Diese leisten
217 in ehrenamtlicher Arbeit einen wertvollen Beitrag für die Sichtbarkeit und
218 Akzeptanz queerer Menschen in Thüringen. Die Förderung der bestehenden
219 Initiativen sowie von Neugründungen muss deswegen Inhalt des Landesprogramms
220 werden.

221
222 Das Thüringer Gleichstellungsgesetz soll dahingehend überarbeitet werden, dass
223 die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten nicht mehr nur Frauen und Männer,
224 sondern auch LSBTIQ*-Personen umfassen. Im Anschluss sollen vielfaltssensible
225 Fort- und Weiterbildung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie der
226 öffentlichen Verwaltung stattfinden. Diese Aufgabe soll im Landesprogramm für
227 Akzeptanz und Vielfalt verankert werden.

228 Zu einem Thüringen, in dem niemand mehr Diskriminierung erfahren muss, ist es
229 trotzdem noch ein Weg! Wir wollen deshalb, dass bestehende Projekte im Bereich
230 der Antidiskriminierungsarbeit gestärkt werden und die
231 Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ausgebaut und weiterentwickelt wird: Als
232 Anlaufstelle für alle Menschen in Thüringen kann diese wichtige Arbeit für ein
233 offenes und diskriminierungsfreies Thüringen leisten. Damit soll die Stelle ihre
234 Aufgaben als Prüf- und Beschwerdestelle und als Koordinierungsstelle für
235 Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen besser erfüllen können.

236 Darüber hinaus halten wir eine Aufgaben-Erweiterung der LADS für notwendig: Es
237 ist wichtig, eine Datengrundlage zu Diskriminierungsfällen in Thüringen zu

238 bekommen. Hier sollte die LADS nicht nur Vorfälle erfassen und auswerten,
239 sondern auch Studien umsetzen, die Diskriminierung speziell in Thüringen
240 untersuchen. Auch möchten wir, dass diskriminierende – zum Beispiel (hetero-
241)sexistische - Werbung an dieser Stelle zentral gemeldet werden kann, um das
242 Ausmaß dieses Problems erfassen und darauf reagieren zu können. Wir setzen uns
243 dafür ein, dass die LADS Mittel für öffentlichkeitswirksame Kampagnen, zum
244 Beispiel gegen (Hetero-)Sexismus, Rassismus oder für LSBTIQ*-Rechte, erhält, um
245 viele Thüringer*innen mit diesen Themen erreichen zu können. Ebenso wichtig sind
246 uns auf Projekte und öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die für die Sichtbarkeit
247 der queeren Community und zur Aufklärung dienen. Es ist uns wichtig, nachhaltig
248 Vorurteile abzubauen, Akzeptanz zu schaffen und queere Menschen zu empoweren.

249 Damit die Landesantidiskriminierungsstelle all diese wichtigen Aufgaben auch
250 wirklich erfüllen kann, werden wir uns für eine wesentlich umfangreichere
251 Ausstattung der Stelle einsetzen.

252
253 Daneben finden wir es aber unerlässlich, eine zivilgesellschaftliche
254 Antidiskriminierungsberatung aufzubauen und zu etablieren. Nur eine solche
255 Stelle kann ein niedrigschwelliges Angebot für Menschen in Thüringen darstellen,
256 die Opfer gruppenbezogener Diskriminierung wurden. Ziel soll es sein, ein
257 qualifiziertes Unterstützungsangebot für Betroffene zu bieten, Diskriminierung
258 in Institutionen und Strukturen abzubauen und als Fachstelle die Regelstrukturen
259 zu sensibilisieren sowie einen zentralen Knoten in Vereinsnetzwerken
260 darzustellen.

261 Das Bewusstsein für Vielfalt, aber auch Ausgrenzung und Diskriminierung beginnt
262 früh: „Schwule Sau“ ist auf unseren Schulhöfen leider noch immer eine häufige
263 Beschimpfung. Die Vielfalt von familiären Lebensentwürfen, von sexuellen
264 Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten soll stärker in der Schule
265 thematisiert werden. Wir unterstützen deshalb die Arbeit von
266 Schulaufklärungsprojekten, insbesondere auch finanziell entsprechend dem
267 Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt. Der Besuch solcher
268 Aufklärungsprojekte an Schulen sollten Teil der Schulkultur werden und in die
269 Lehrpläne aufgenommen werden.

270
271 Die Erziehung und Vermittlung von Akzeptanz beginnt in Familie, Kita und Schule.
272 Aus diesem Grund sollen die Eltern, Lehrer*innen, Erzieher*innen und
273 Pädagog*innen für einen angemessenen und diskriminierungsfreien Umgang mit
274 unseren Kindern sensibilisiert werden. Dafür sollen LSBTIQ*-Themen in die
275 Ausbildung von Lehrer*innen, Pädagog*innen und Erzieher*innen aufgenommen und in
276 regelmäßigen Fortbildungen für diese angeboten werden. Vielfältige (queere)
277 Lebensentwürfe und -konzepte sollen in Unterrichtsmaterialien und -fächern
278 aufgezeigt und von Lehrer*innen thematisiert und eingebunden werden. Unsere
279 Thüringer Vertretung auf der Kultusminister*innenkonferenz soll eine Initiative
280 anstoßen, um bundeseinheitliche Standards und Richtlinien für Schulbuchvorlagen
281 zu erarbeiten.

282
283 Gerade unter Jugendlichen, die sich ihrer geschlechtlichen Identität oder
284 sexuellen Orientierung nicht sicher sind, gibt es ein erschreckend hohes Risiko
285 selbstverletzenden Verhaltens, psychischer Erkrankungen und leider auch eine
286 überdurchschnittliche Suizidrate. Dabei ist Hilfe oft nicht weit. Wir wollen
287 auch deshalb die **queere Jugend- und Schulsozialarbeit** stärken sowie die
288 Krisenprävention ausbauen. Insbesondere queere (Jugend-)Zentren spielen hier

289 eine wichtige Rolle und müssen deswegen in Thüringen aufgebaut und etabliert
290 werden. Auch ein mobiles Zentrum soll konzipiert werden. Queere Angebote sollen
291 in den Jugendförderplänen verankert werden, um Jugendliche auch in den
292 ländlichen Gebieten zu erreichen.

293 Zudem setzen wir uns für die Einrichtung geschlechtsneutraler Sanitärbereiche
294 ein. Das Land hat eine verpflichtende Mindestanzahl bei öffentlichen Gebäuden,
295 insbesondere Hochschulen, festzulegen, bei Neubauten haben diese im
296 dreigliedrigen Modell zu erfolgen. Dies bedeutet, dass es stets eine Frauen-,
297 eine Männer- und eine genderneutrale Toilette geben muss, wobei letztere bei
298 Möglichkeit nicht in den barrierefreien Sanitärräumen untergebracht sein soll, um
299 Menschen mit Behinderungen einen weiterhin uneingeschränkten Zugang zu
300 gewährleisten. Zudem hilft das Land bei der Finanzierung mit.

301 Menschen mit normabweichender sexueller Orientierung und/oder geschlechtlicher
302 Identität berichten immer wieder von Diskriminierung oder werden Betroffene von
303 Hass und Gewalt. Die Dunkelziffer ist dabei hoch, da viele Betroffene aus Scham
304 und Angst vor weiterer Diskriminierung keine Anzeige erstatten und Verbrechen
305 gegen LSBTIQ*-Personen nicht gesondert in den Statistiken aufgeführt werden. Wir
306 wollen deshalb Polizei und Justiz stärker für diese Themen sensibilisieren und
307 unterstützen Ansprechpartner*innen für queere Lebensweisen bei der Thüringer
308 Polizei. Außerdem soll geprüft werden, sicherzustellen, dass Polizist*innen, die
309 zu queeren Themen geschult wurden, in den Dienststellen ansprechbar sind.
310 Dadurch möchten wir gewährleisten, dass queere Menschen, die Opfer eines
311 Hassverbrechens oder sexueller Belästigung wurden, eine ausgebildete
312 Ansprechperson vorfinden können. Zudem befürworten wir die gesonderte Ausweisung
313 von Hassverbrechen als Ausdruck von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in
314 den Kriminalitätsstatistiken.

315
316 Wir unterstützen die Forderungen der Holbein-Stiftung. Als Bündnisgrüne setzen
317 wir uns ein für die Wiederherstellung des Grabmals von Dr. Hans Holbein, die
318 Restitution des Stiftungsvermögens sowie die Neugründung der Holbein-Stiftung
319 zum Beispiel als Landesstiftung und die Einrichtung eines Forschungszentrums zu
320 Geschichte und Gegenwart von sexuellen Identitäten und Orientierungen.

321
322 Die Forderungen für Akzeptanz und Vielfalt orientieren sich an einigen Stellen
323 an den Forderungen des CSD Thüringen 2020. Dies soll auch in Zukunft unser
324 Maßstab sein: Wir möchten den Thüringer Christopher Street Days und ähnlichen
325 Organisationen Gehör verschaffen und jährlich prüfen, welche deren Forderungen
326 wir aufnehmen, um sie beispielsweise in Haushaltsverhandlungen einfließen zu
327 lassen. Zudem möchten wir uns auch im Bundesrat für die Belange queerer Menschen
328 und den Forderungen der queeren Organisationen in Thüringen einsetzen, um auch
329 Grundsätzliche Themen wie Blutspende, vielfältige Familienmodelle,
330 Selbstbestimmung und vieles mehr in Angriff zu nehmen.